

# Aktuelles aus dem Arbeitsrecht

**Klausurtagung Fachgruppensitzung Tarif**  
Hasenwinkel, 16. Juli 2025

LIV der Elektro- und Informationstechnischen Handwerke Mecklenburg-Vorpommern

Referentin: Birgit Schweer

# Agenda

## A. Begrüßung

## B. Arbeitsrechtliche Vorhaben der Bundesregierung

- I. Rückblick – 20. Wahlperiode
- II. Ausblick – 21. Wahlperiode

## C. Fazit

A man with long brown hair, wearing a bright blue t-shirt and red work gloves, is working on a glass roof. He is using a tool to adjust a metal fastener. The background shows a blurred view of a city from above.

## **B. Arbeitsrechtliche Vorhaben der Bundesregierung I. Rückblick – 20. Wahlperiode)**

# I. Rückblick – Gesetzesvorhaben der vorherigen Bundesregierung

## 1. Arbeitszeit und Mobile Arbeit

### ■ Arbeitszeiterfassung

■ Referentenentwurf vom 18.4.2023

■ Inhalt:

- Taggenaue, elektr. Arbeitszeiterfassung (Beginn, Ende, Dauer)
- Tariföffnungsklausel: Abweichungen mgl. Aufzeichnungszeitpunkt und -art sowie bzgl. bestimmter Personengruppen
- KMU-Grenze: bis 10 Arbeitnehmer (ArbN) keine *elektr.* Aufzeichnungspflicht

### ■ Mobile Arbeit

■ Referentenentwurf vom 14.1.2021

■ Inhalt:

- Erörterungsanspruch des ArbN
- ArbG hat Begründungspflicht bei Ablehnung innerhalb von 2 Monaten, anderenfalls Zustimmungsfiktion
- Arbeitszeitaufzeichnungspflicht bei mobiler Arbeit



Zur Erläuterung:

 = Gesetzesvorhaben wurde nicht weiterverfolgt

 = Gesetzesvorhaben wurde realisiert

# I. Rückblick – Gesetzesvorhaben der vorherigen Bundesregierung

## 2. Tarifstärkungsgesetz

- **Bundestariftreuegesetz** 
  - Gesetzentwurf vom 28.11.2024
  - Inhalt:
    - Teilnahme an Vergabeverfahren des Bundes nur bei Einhaltung verbindlicher Arbeitsbedingungen (AB)
    - Festlegung der AB auf einseitigen Antrag per Rechtsverordnung: Entlohnung, Mindesturlaub, Höchstarbeitszeiten, Ruhepausen
    - Clearingstelle bei Tarifkonflikten
    - Umfassende Haftungs- und Nachweispflichten
- **Erleichterter digitaler Zugang der Gewerkschaften zu ArbN** 
  - Referentenentwurf vom 5.9.2024
- **Stärkung der Fortgeltung von Tarifverträgen bei Betriebsausgliederungen** 



Zur Erläuterung:

-  = Gesetzesvorhaben wurde nicht weiterverfolgt
-  = Gesetzesvorhaben wurde realisiert

# I. Rückblick – Gesetzesvorhaben der vorherigen Bundesregierung

## 3. Sonstiges

- **Bürokratieentlastungsgesetz** 👍
  - Inkrafttreten zum 1.1.2025
  - Inhalt u.a.
    - Wegfall des Schriftformerfordernisses bei Arbeitsverträgen (Ausn.: Branchen des SchwarzArbG)
    - Erleichterte Befristung von Arbeitsverhältnissen von Rentnern, § 41 Abs. 2 SGB VI; Wegfall Schriftform)
    - Textform ausreichend bei Geltendmachung von Eltern-, Pflege- oder Familienpflegezeit
- **Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz** 👎
  - Gesetzentwurf vom 27.11.2024
  - Inhalt:
    - Modernisierung / Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung
    - Prüfungen auf Basis eines risikoorientierten Ansatzes



Zur Erläuterung:

-  = Gesetzesvorhaben wurde nicht weiterverfolgt
-  = Gesetzesvorhaben wurde realisiert

# I. Rückblick – Gesetzesvorhaben der vorherigen Bundesregierung

## 3. Sonstiges

- **Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz** 
  - Kein Referentenentwurf
  - Pläne:
    - Ausweitung der AGG-Merkmale um „Staatsangehörigkeit“, „sozialer Status“, „familiäre Fürsorgeverantwortung“
    - Einführung von Verbandsklagerecht und altruistischem Klagerecht der AGG-Stelle des Bundes
    - Verlängerung der Klagfrist von bisher 6 auf 12 Monate
- **Beschäftigtendatenschutzgesetz** 
  - Referentenentwurf vom 8.10.2024
  - Inhalt:
    - Erstreckung des Beschäftigtendatenschutzes auch auf solo-selbständige Plattformtätige
    - Begrenzung von Überwachung und Kontrolle, v.a. Regulierung von KI-Einsatz
    - Ausweitung der Betroffenenrechte sowie der Mitbestimmung



Zur Erläuterung:



= Gesetzesvorhaben wurde nicht weiterverfolgt



= Gesetzesvorhaben wurde realisiert

# I. Rückblick – Gesetzesvorhaben der vorherigen Bundesregierung

## 4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf (I)

### ■ Elterngeld 👍

- Haushaltsfinanzierungsgesetz: Inkrafttreten zum 1.4.2024 und 1.4.2025
- Inhalt:
  - Absenkung der Einkommensgrenze zum Bezug von Elterngeld für Eltern von ab dem 1.4.2024 geborenen Kindern
  - Änderungen beim Basiselterngeld

### ■ Familienstartzeit-Gesetz 👎

- Hintergrund: EU-Vereinbarkeitsrichtlinie umzusetzen bis Juni 2022
- Referentenentwurf vom 29.3.2023
- Inhalt:
  - 2-wöchige bezahlte Freistellung für Partner einer entbindenden Frau
  - Finanzierung über U2-Umlage



Zur Erläuterung:

👎 = Gesetzesvorhaben wurde nicht weiterverfolgt

👍 = Gesetzesvorhaben wurde realisiert

# I. Rückblick – Gesetzesvorhaben der vorherigen Bundesregierung

## 4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf (II)

- Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz 🗑️
  - Kein Referentenentwurf
  - Pläne:
    - Weiterentwicklung der gesetzlichen Freistellungsansprüche
    - Einführung eines Pflegeunterstützungsgeldes
  
- Gestaffelter Mutterschutz – bei Fehlgeburten ab der 13. Schwangerschaftswoche 👍
  - Inkrafttreten zum 1.6.2025
  - Staffelung:
    - Ab 13. Woche: bis zu 2 Wochen
    - ab 17. Woche: bis zu 6 Wochen
    - ab 20. Woche: bis zu 8 Wochen
  - Geltung nur, wenn sich Betroffene nicht ausdrücklich zur Arbeitsleistung bereit erklärt



Zur Erläuterung:

- 🗑️ = Gesetzesvorhaben wurde nicht weiterverfolgt
- 👍 = Gesetzesvorhaben wurde realisiert

# I. Rückblick – Gesetzesvorhaben der vorherigen Bundesregierung

## 5. Europa

- EU-Mindestlohnrichtlinie 👎
  - Umsetzungsfrist: 15.11.2024; „kein Umsetzungsbedarf“
- EU-Whistleblower-Richtlinie 👍
  - Hinweisgeberschutzgesetz; Inkrafttreten: 2.7.2023
- EU-Vereinbarkeitsrichtlinie 👍
  - Verhandlungsanspruch auf Pflege- und Familienpflegezeit in KMU (u.a.); Inkrafttreten: 1.1.2023
- EU-Arbeitsbedingungenrichtlinie 👍
  - Nachweisgesetz; Inkrafttreten: 1.8.2022
- EU-Entgelttransparenzrichtlinie 👎
  - Umsetzungsfrist: 7.6.2026



Zur Erläuterung:

👎 = Gesetzesvorhaben wurde nicht weiterverfolgt

👍 = Gesetzesvorhaben wurde realisiert

## **B. Arbeitsrechtliche Vorhaben der Bundesregierung**

### **II. Ausblick – 21. Wahlperiode**



## II. Arbeitsrechtliche Pläne der Regierungskoalition

### 1. Gesetzlicher Mindestlohn (MiLo)

- Bekenntnis zur unabhängigen MiLo-Kommission
- Orientierung an 60% des Medianlohns eines Vollzeitbeschäftigten
- Festsetzung des MiLo iHv. 15 Euro ab 2026 „realistisch“
- Beschluss der MiLo-Kommission vom 27.6.2025:
  - MiLo ab 1.1.2026: 13,90 Euro
  - MiLo ab 1.1.2027: 14,60 Euro

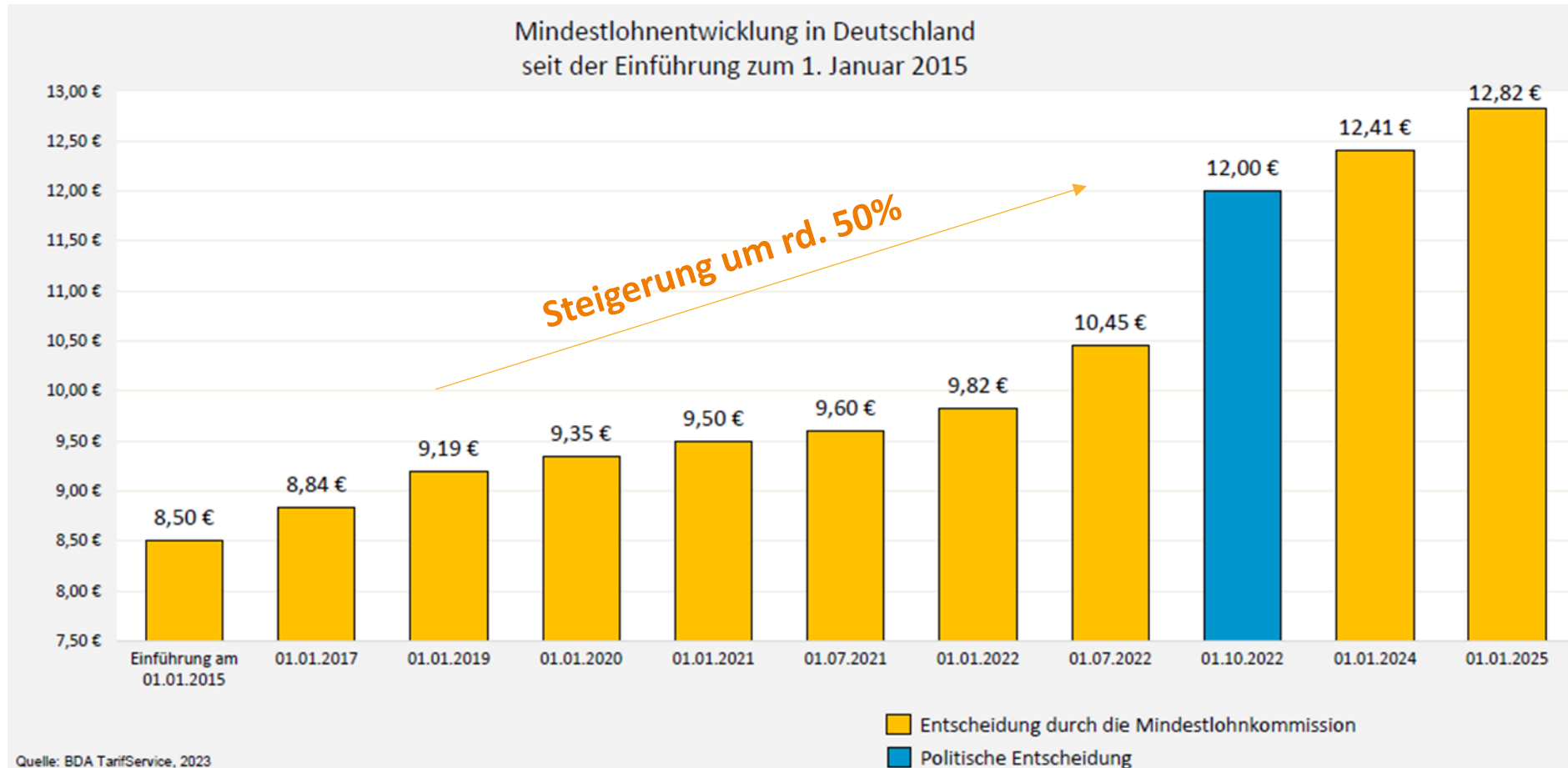


Umsetzungsbeschluss der Bundesregierung steht noch aus, ist aber seitens des BMAS zugesagt!



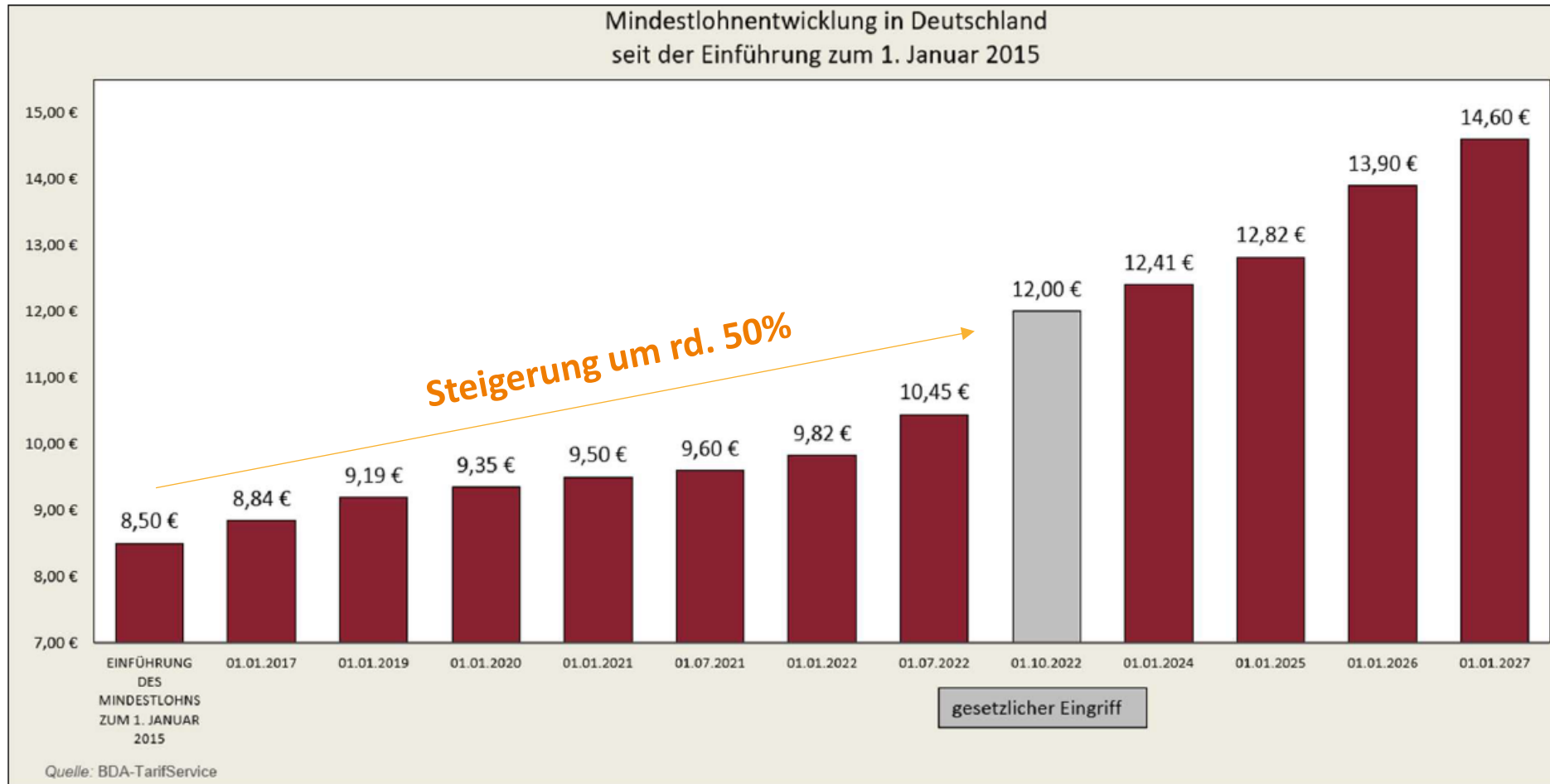
## II. Arbeitsrechtliche Pläne der Regierungskoalition

### Überblick über die Entwicklung des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland



## II. Arbeitsrechtliche Pläne der Regierungskoalition

### Überblick über die Entwicklung des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland



## II. Arbeitsrechtliche Pläne der Regierungskoalition

### 2. Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz

- Referentenentwurf vom 7.7.2025
- Inhalt:
  - Prüfungs-, Ermittlungs- und Ahndungsprozesse sollen effizienter, moderner sowie digitaler ausgestaltet werden
  - Stärkung des risikoorientierten Prüfungsansatzes
  - Schlagkräftigere Kriminalitätsbekämpfung und Optimierung der Prozessabläufe



Bundesministerium  
der Finanzen



#### ZDH-Bewertung - Was ist zu begrüßen?

- Modernisierung und Digitalisierung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit
- Zielgerichteter Datenaustausch mit Zusammenarbeitsbehörden
- Aufnahme des Friseur- und Kosmetikgewerbes in den Branchenkatalog des § 2 Abs. 1 SchwarzArbG-E

## II. Arbeitsrechtliche Pläne der Regierungskoalition

### ZDH-Bewertung - Was ist kritisch bzw. ist zu ergänzen?

- Risikoorientierter Prüfansatz darf nicht zulasten der Prüfung kleinbetrieblicher Strukturen gehen
- Klarstellung zur Herausnahme des Fleischerhandwerks aus dem Katalog des § 2 Abs. 1 SchwarzArbG-E nötig
- Stärkung der Rolle der gemeinsamen Einrichtungen der Tarifvertragsparteien (§ 26 Abs. 2 SchwarzArbG-E (Datenaustausch))
- Aufnahme der Handwerkskammern als Zusammenarbeitsbehörden gem. § 2 Abs. 4 SchwarzArbG-E
- Stärkung der Befugnisse der kommunalen Ordnungsbehörden



## II. Arbeitsrechtliche Pläne der Regierungskoalition

### 3. Arbeitszeit

#### ■ **Wöchentliche Höchstarbeitszeit**

- Einführung einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit anstelle einer täglichen Höchstarbeitszeit
- 11-stündige Ruhezeit soll beibehalten werden
- Umsetzung „im Dialog mit den Sozialpartnern“

#### ■ **Zeiterfassung und Vertrauensarbeitszeit**

- „unbürokratische“ Regelungen zur elektronischen Zeiterfassungspflicht mit Übergangsregelungen für KMU
- Vertrauensarbeitszeit ohne Zeiterfassung soll möglich bleiben

#### ■ **Steuerfreiheit von Mehrarbeitszuschlägen**

- Überstundenzuschläge, die ArbG für über die reguläre Vollarbeitszeit hinaus gehende Mehrarbeit zahlt werden, sollen steuerfrei bleiben

#### ■ **Steuerbegünstigung von Aufstockungsprämien bei Teilzeit**

- Prämien, die ArbG freiwillig zur Ausweitung der Arbeitszeit von Teilzeit auf dauerhaft an Tarifverträge orientierte Vollzeit gewähren, sollen steuerfrei bleiben



## II. Arbeitsrechtliche Pläne der Regierungskoalition

### 4. Bundestariftreuegesetz

- Schwellenwert 50.000 Euro bzw. 100.000 Euro bei Start-ups
- Bürokratie, Nachweispflichten und Kontrollen sollen „auf ein Minimum“ beschränkt werden

### 5. Teilzeit- und Befristungsrecht

- **Formerleichterungen bei Befristungen**
- Wegfall des Schriftformerfordernisses bei Befristungen

#### **Erweiterter Anwendungsbereich von sachgrundlosen Befristungen**

- Wegfall des Vorbeschäftigungsverbots bzgl. sachgrundloser Befristung von ArbN im Rentenalter bei Rückkehr zum bisherigen Arbeitgeber
- Wegfall des Anschlussverbots für Befristungen während eines Studiums, d.h. Beschäftigung während des Studiums schließt spätere sachgrundlose Befristung nicht mehr aus

### 6. AGG-Reform

- „Stärkung und Verbesserung“ des Diskriminierungsschutzes

### 7. Entgelttransparenz

- „Bürokratiearme Umsetzung“ der EU-Entgelttransparenz-Richtlinie



## II. Arbeitsrechtliche Pläne der Regierungskoalition

### 8. Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz

- Zusammenlegung der Gesetze, Flexibilisierung der Freistellungsansprüche und Erweiterung des Kreises naher Angehöriger

### 9. Beschäftigtendatenschutz

- „Der Einsatz von KI erfordert (...) die faire Regelung des Umgangs mit den Daten im Betrieb.“

### 10. Betriebsbeauftragte

- Verpflichtungen zur Bestellung von Betriebsbeauftragten sollen – insbes. mit Blick auf KMU – abgeschafft werden
- Schulungs-, Weiterbildungs- und Dokumentationsaufwand soll „signifikant reduziert“ werden



### III. Arbeitsrechtliche Pläne der Regierungskoalition

#### 11. Digitales Zugangsrecht der Gewerkschaften

- Erweiterung des Zugangsrechts um digitales Zugangsrecht

#### 12. Gewerkschaftsmitgliedschaft

- Steuerliche Anreize sollen Gewerkschaftsmitgliedschaft attraktiver machen

#### 13. Betriebsverfassungsrecht

- Online-BR-Sitzungen und Online-BR-Wahlen ermöglichen





# Offene Fragen?

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



**Zentralverband Deutsches Handwerk (ZDH)**

Birgit Schweer

*Referatsleiterin Tarifpolitik und Arbeitsrecht*

Mohrenstraße 20/21

10117 Berlin

030/20619-186

[schweer@zdh.de](mailto:schweer@zdh.de)